2019/17 Thema

https://shop.jungle.world/artikel/2019/17/disneyland-fuer-reaktionaere

Rechte Christen und ihre globalen Ambitionen

Disneyland für Reaktionäre

Von **Emanuel Bergmann**

Christliche Nationalisten aus den USA unterstützen europäische Rechtspopulisten im Kampf für eine »christliche Zivilisation«.

Der sogenannte »Weltkongress der Familien«, der **am letzten Märzwochenende in Verona stattfand (Jungle World 13/2019)**, löste heftige Proteste aus. Bis zu 40.000 Menschen waren angereist, um gegen die Versammlung christlicher Konservativer aus aller Welt zu demonstrieren. Aus gutem Grund: Hinter dem so harmlos klingenden Namen – wer will schon Familienmuffel sein? – verbirgt sich in Wirklichkeit ein unappetitliches Sammelsurium von christlichen Fanatikern und Rechtspopulisten aus aller Welt. Offiziell ging es bei dem Event um die Verteidigung von etwas »Wahrem und Schönem«, wie der Organisator Brian Brown bei seiner Eröffnungsrede sagte, nämlich der Familie. Dass diese der Verteidigung bedarf, mag manche überraschen, doch Brown und Konsorten wähnen sie in Gefahr: In der säkularen Welt, so der Konsens der Kongressteilnehmer, werde die tradierte Familie – Mann, Frau und viele, viele Kinder – von »Globalisten« und der LGBT-Community untergraben. So wurde in Verona ein reaktionäres, militant-christliches Weltbild propagiert.

Gesponsert wurde das Treffen von der in Princeton, New Jersey, ansässigen »National Organization for Marriage« (NOM), deren Präsident Brian Brown ist. Der 45jährige hat diese Organisation vor zwölf Jahren mitgegründet, um gegen die rechtliche Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare in Kalifornien zu kämpfen – mit Erfolg. 2008 wurde die »Proposition 8« nach einem Volksentscheid verabschiedet, die die gleichgeschlechtliche Ehe verbot, allerdings wurde das Gesetz nach einem langen Rechtsstreit 2013 vom Obersten Gerichtshof endgültig widerrufen. Doch die NOM hatte sich etabliert und wurde bald zu einer der wichtigsten Organisationen der christlichen Rechten in den USA. In den vergangenen Monaten bekam die NOM immerhin fast zwei Millionen Dollar von privaten Kleinspendern. Das Geld diene der politischen Einflussnahme in den USA, wie man gerne bekanntgab – aber zunehmend wohl auch in Europa. Brown gehört schon seit Jahren zu den Mitorganisatoren des von Allan C. Carlson 1997 mitgegründeten und seitdem geführten »World Congress of Families« (WCF).

Die beiden anderen Organisatoren kommen aus Russland: Carlson ist seit den neunziger Jahren mit den russischen Soziologen Anatoli Antonow und Wiktor Medkow befreundet. Was sie eint, sind ihre Fixierung auf die sogenannte »natürliche Familie« und ein »tiefes Misstrauen gegen die westlichen, liberalen Eliten«, wie das US-amerikanische christlich-liberale Magazin *The Christian Century* im August 2018 schrieb. Der WCF ist das Resultat der Zusammenarbeit des Trios. Dieses Jahr trat Matteo Salvini als Redner auf, er pries den Weltkongress als ein Modell »für ein Europa, das wir mögen«. Als Innenminister Italiens ist Salvini der Beweis, dass christlich-nationalistische Positionen auch in Europa immer mehr den Mainstream bestimmen. Die Region Venetien wird von der extrem rechten Lega (ehemals »Lega Nord«), deren Generalsekretär ebenfalls Salvini ist, regiert und finanzierte den Kongress mit. Die Vernetzung am rechten Rand, die offene Hetze gegen Schwule und Lesben und der Angriff auf die Grundrechte von Frauen, die den Kongress kennzeichneten, wird dank der Partei Salvinis auch vom italienischen Steuerzahler mitfinanziert.

Aus den USA kamen der ethnonationalistische Internet-Demagoge Steve Turley, der gewiss nicht ohne Häme die »säkulare Welt am Abgrund« wähnt, und der homophobe Prediger Jim Garlow, der die LGBT-Community als »dämonisch« ansieht: »Sie wollen das Antlitz Gottes auf unserem Planeten zerstören«, behauptete Garlow 2017 auf der evangelikalen Website »Charisma News«, einem der wichtigsten Organe christlicher Fundamentalisten in den USA.

In einem minutiös recherchierten Exposé der parteiunabhängigen linken Politwebsite »Open Democracy« steht zu lesen, dass in den vergangenen Jahren mehr als 50 Millionen Dollar von christlich-fundamentalistischen Organisationen in den USA nach Europa - geflossen seien sollen. Das ist zwar nur ein Klacks, wenn man es mit den 715 Millionen Dollar vergleicht, die in Washington, D. C., jedes Jahr von einflussreichen Interessensgruppen für Lobbyarbeit ausgegeben werden, aber heutzutage können selbst bescheidene Geldbeträge erhebliche Schäden anrichten – das Internet macht’s möglich. »Einige scheinen ihre Ausgaben in Europa in den letzten fünf Jahren deutlich erhöht zu haben«, so Open Democracy. So hat die US-amerikanische Billy Graham Evangelical Association (BGEA) Niederlassungen in Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Spanien, sie investiert aggressiv in den europäischen Markt. Auch schickt die BGEA »Krisenseelsorger« in europäische Städte, um nach Terroranschlägen Menschen zu missionieren. Zum Beispiel im August 2017: »Wir kommen zu den Menschen in Barcelona«, so BGEA-Pressesprecher Jack Munday, »um die Hoffnung Jesu in dieser Zeit der Dunkelheit zu vermitteln.«

Auch das 1990 von dem US-amerikanischen Fernsehprediger Pat Robertson gegründete American Center for Law and Justice (ACLJ) ist in Europa präsent, unter anderem in Moskau und Straßburg, und versucht von dort aus seit über 20 Jahren, auf die europäische Politik Einfluss zu nehmen. Putins Gesetze zum Verbot »homosexueller Propaganda« wurden vom ACL – dessen Rechtsberater übrigens Jay Sekulow, einer der Anwälte Donald Trumps, ist – ausdrücklich gelobt. Zumindest machen Brian Brown und Allan Carlson aus ihrer versuchten Einflussnahme auf die Gesetzgebung keinen Hehl. Nach eigenen Angaben wollen sie auf internationaler Ebene »Führungskräfte, Organisationen und Familien« zusammenführen und »ausrüsten«. In Brüssel schlagen manche nun Alarm. »Niemand sollte Zweifel an der hinterlistigen Natur dieser fundamentalistischen Gruppen haben«, so

Alyn Smith, ein Abgeordneter der Schottischen Nationalpartei im Europaparlament. Die Berlinerin Terry Reintke, die im Europaparlament die Grünen vertritt, äußerte sich ebenfalls besorgt über die finanzielle Unterstützung der Fundamentalisten aus dem Ausland.

In den USA ist der Einfluss der Evangelikalen seit den siebziger Jahren enorm gewachsen. Als der Oberste Gerichtshof 1973 die Abtreibung legalisierte, nutzte der berüchtigte Fernsehprediger Jerry Falwell dies, um die evangelikale Bewegung zu einer politischen Kraft zu machen. Diese wurde in den achtziger Jahren von der Republikanischen Partei Ronald Reagans mit offenen Armen aufgenommen – heute ist der US-amerikanische Konservatismus ohne das militante Christentum nicht mehr denkbar. Dessen Vordenker, Leute wie Allan Carlson, suchten in den neunziger Jahren erste Kontakte im postsowjetischen Russland, einem Land, das damals in einer Sinn- und Identitätskrise steckte und im Jahr 2000 von dem imagebewussten Kleptokraten Wladimir Putin auf den Weg zum »Heiligen Russland« geführt wurde – mit Unterstützung aus den USA. Während die Sowjetunion für US-amerikanische Evangelikale noch der Hort der Gottlosigkeit war, fand man ein knappes Jahrzehnt nach der Wende Gefallen an Putins Rhetorik und störte sich nicht an dessen Sowjetnostalgie. Die Tatsache, dass in Russland ab und zu Aktivistinnen und Aktivisten für LGBT-Rechte verprügelt und halbtot in Waldgebieten außerhalb Moskaus zurückgelassen wurden, war da wohl willkommene Zugabe. »Im Kulturkrieg um die Zukunft der Menschheit pflanzt Putin die Flagge Russlands fest auf die Seite des traditionellen Christentums«, sagte der US-amerikanische Rechtspopulist Pat Buchanan. Ihm und anderen geht es um eine ethnisch reine »christliche Zivilisation«.

Auf der Webseite des WCF findet man nicht nur Bilder von Kindern, die auf Löwenzahn pusten, sondern etwas versteckt auch den Hinweis, dass der jüdische Großspender George Soros ein Mann sei, »der sich der Zerstörung des Lebens und der natürlichen Familie verschrieben hat«. Die christlichen Nationalisten träumen von einer Welt ohne Andersdenkende, die in ihren Internetvideos oftmals kitschig dargestellt wird – ein reaktionäres Disneyland. Es ist eine Weltanschauung, die den Ansichten ethnonationalistischer Rechtspopulisten deutlich ähnelt. Beide Bewegungen zeigen Zeichen einer Entwicklung hin zu einem transnational agierenden und religiös unterfütterten Neofaschismus. 2017 fand der WCF in Budapest statt, unter »Führung« des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, wie es damals vollmundig hieß. Dieser sprach sich bereits 2009 in einer Rede für die Abschaffung des Mehrparteiensystems aus. Stattdessen wünschen er und seinesgleichen sich eine einzige, christlich geprägte, handlungsfähige »Großpartei«. In derselben Rede prophezeite er ein Ende der »unnötig polarisierenden Wertedebatte« innerhalb der kommenden 20 Jahre.

Die Übergänge dieser neofaschistsichen Tendenz zum Konservatismus sind oft fließend. Immerhin war Viktor Orbáns rechtsnationale ungarischen Partei Fidesz jahrelang ein Partner von CDU und CSU im Europäischen Parlament. Erst am 30. März stimmte die Europäische Volkspartei, ein Zusammenschluss konservativer Parteien, für eine Suspendierung der Mitgliedschaft von Fidesz.

© Jungle World Verlags GmbH